

Gemeinde Am Mellensee

Der Bürgermeister

Verwaltungsvorlage

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Federführendes Amt Team I	Datum 12.04.2024	Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk) 264 / 54 / 2024
------------------------------	---------------------	---

Beratungsfolge:	Sitzungstermin:
Gemeindevertretung	16.04.2024

Betreff:

Aushändigung der Bürgerschaft zum Erschließungsvertrag B-Plan Rehagener
Bahnhofstraße

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt nach
Kenntnisnahme der Stellungnahme des Rechtsanwalts Dr. Aschmann vom
14.02.2024, der darin empfohlenen Vorgehensweise zuzustimmen.

Am 11.04.2024 hat ein vorbereitendes Gespräch mit dem Vorhabenträger, den Fraktionsvorsitzenden, Bürgermeister Krüger und Rechtsanwalt Dr. Aschmann stattgefunden, um die Streitpunkte zu benennen und jeweils akzeptable Lösungen für beide Seiten zu erörtern.

Wesentliche Punkte sind die Herstellungsverpflichtung Kindertagesstätte (12 Plätze), die Herstellungsverpflichtung Spielplatz, die Rückgabe Bürgschaftsurkunde sowie die nicht erbrachten Verpflichtungen der Fußwege und Pflanzungen.

Der Vorhabenträger ist bereit, die unterbliebenen Anpflanzungen (8 Bäume) durch die Zahlung eines Betrages in Höhe von 4.000,00 € abzugelten. Nach Eingang des Betrages auf dem Konto der Gemeinde wird die vom Vorhabenträger gestellte Bürgschaft (50.000,00 €) Zug um Zug gegen Abtretung der Mängelansprüche gegen das mit der Herstellung der Erschließungsanlagen beauftragte Tiefbauunternehmen sowie Übergabe der von dieser gestellten Gewährleistungsbürgschaft (rund 40.000,00 €) zurückgegeben. Der vom Rechtsanwalt des Vorhabenträgers im Entwurf zur Verfügung gestellte Abtretungsvertrag, der die diesbezüglichen Einzelheiten regelt, wird entsprechend angepasst und neu ausgefertigt.

Hinsichtlich des im Städtebaulichen Vertrag genannten Spielplatzes wird die Gemeinde prüfen, ob der vom Vorhabenträger vorgeschlagene Ersatzstandort auf der „Mittelinsel“ auf der Grundlage des vom Vorhabenträger vorgelegten Konzeptes (vgl. Anlage) realisierbar ist. Sollte dies nicht der Fall sein, wird mit dem Vorhabenträger über einen anderen Standort oder eine finanzielle Abgeltung verhandelt.

Der Vorhabenträger hat mitgeteilt, dass eine Firma an der Realisierung einer Kindertagesstätte an dem im Städtebaulichen Vertrag definierten Ersatzstandort interessiert sei.

Die Gespräche sollen unter Einbeziehung der Gemeinde fortgesetzt werden. Der Vorhabenträger beabsichtigt, die Flächen des Ersatzstandortes an die genannte Firma zu veräußern und die auf die Kita bezogenen Verpflichtungen aus dem Städtebaulichen Vertrag auf die Firma zu übertragen. Die Gemeinde stellt dem Vorhabenträger in Aussicht, ihn in diesem Fall aus der Haftung hinsichtlich der Verpflichtungen bezüglich der Kita zu entlassen.

Ziel der anstehenden weiteren Gespräche ist die Herbeiführung einer akzeptablen Lösung für beide Seiten. In Anbetracht des bisherigen Verlaufs und der Zeitfolgen sind dabei das Prozessrisiko und die zu erwartende Verfahrensdauer zu berücksichtigen.

Seitens der Verwaltung erfolgt der direkte Austausch mit dem beauftragten Rechtsanwalt Dr. Aschmann. Insofern wird sich hier maßgeblich auf dessen Fachexpertise und Empfehlungen gestützt bzw. gefolgt.

siehe auch Beschluss / Beschlussvorschlag:

Nr.: vom: Betreff:

Problembeschreibung/Begründung

Fördermittel geprüft

☐ Ja ☒ Nein

gepl. Haushaltsjahr
2024

Investitions-Nr.

Kosten gebunden
€

Kosten frei
€

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja ☒ Nein

Produkt

Veranschlagung

im Ergebnisplan

☐ Ja, mit €
☐ Nein

im Finanzplan

☐ Ja, mit €
☐ Nein

Gesamtkosten der Maßnahmen
(Beschaffungs-/Herstellungskosten)

€

Jährliche Abschreibung

☐ Ja, mit €
☐ Nein



Dezernat

Kämmerei
zur Kenntnis



Bürgermeister

